

Sessionsforum: Schaffhauser Nachrichten vom 6. Dezember 2018

Martina Munz, Nationalrätin

Klimaziele ade: Parlament setzt auf Öl statt Sonne

In der Wintersession geht es nicht nur um die Bundesratswahlen: Die Budgetdebatte, das CO2-Gesetz und der Migrationspakt sind die Leitthemen in dieser Session.

Die Schweizer Finanzen sind kerngesund, die Schulden haben einen Tiefststand erreicht. Für das Jahr 2019 budgetiert der Bund einen Überschuss von 1,3 Milliarden Franken. Mittlerweile sind gute Abschlüsse trotz düsteren Prognosen Standard: In den letzten zehn Jahren wurden rund 20 Milliarden Überschuss angehäuft. Dennoch setzen Bundesrat und Parlament immer wieder den Rotstift an und streichen wichtige Leistungen für die Bevölkerung zusammen. Auch dieses Jahr standen viele Kürzungen auf der Tagesordnung. Es stellt sich die Frage, ob die Schweiz genug in die Zukunft investiert. Wird tatsächlich die Sicherheit in unserem Land erhöht, wenn das Armeebudget ständig erhöht und gleichzeitig die Entwicklungszusammenarbeit gekürzt wird? Energiewende, Familienpolitik, Gleichstellung von Frau und Mann, Armutsbekämpfung bleiben trotz hohem Finanzüberschuss auf der Strecke. Drei Tage wurde im Nationalrat um Zahlen gefeilscht, im Bereich Bildung, Forschung und Innovation sogar mit gewissem Erfolg. Wollen wir jedoch eine Politik zum Wohl der breiten Bevölkerung, braucht es eine politische Korrektur.

Beim CO2-Gesetz fehlt der Wille für zukunftsfähige Lösungen. Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Die Revision des Gesetzes wäre eine Chance, doch der Bundesratsvorschlag ist mutlos, der Pioniergeist fehlt. Dieses Nichtstun bleibt aber nicht ohne Konsequenzen. Das Klima wird nicht nur im Inland grosse Schäden anrichten. Millionen von Menschen werden gezwungen wegen Naturkatastrophen ihr Land zu verlassen. Dabei könnte die Schweiz mit Innovationen dank der Energiewende neue Märkte erschliessen. Leider bremsen Bundesrat und Parlament diese Entwicklungen aus. Die Schweiz investiert noch lange in fossile Energien und lässt Milliarden ins Ausland fließen, anstatt im Inland für Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sorgen. Bei der CO2-Reduktion wird auf ein Inlandziel verzichtet. Der wenig erfolgreichen Emissionshandel wird dafür fortgesetzt, nicht einmal Standards für die Emissionszertifikate sind vorgesehen. Die Schweiz bleibt stecken in der Klimapolitik, geht hinter die Ziele der Energiestrategie 2050 zurück und erfüllt bei weitem die Ziele des Paris-Abkommen nicht.

Der UNO-Migrationspakt wurde unerwartet zum grossen Thema in dieser Session. Eigentlich hätte der Bundesrat eigenständig über den Pakt entscheiden können, denn dieser ist rechtlich nicht bindend. Nach dreijähriger Verhandlung wurde nun das Thema europaweit von populistischen Parteien missbraucht, um Stimmung gegen eine internationale Migrationspolitik zu machen. So auch in der Schweiz, wo mit viel Furore und wenig Fakten argumentiert wird. Die Schweizer Migrationspolitik ist vom Pakt nicht betroffen, es geht auch nicht um Flüchtlinge. Damit sollen Missstände in der Arbeitsmigration wie Menschenhandel, Prostitution und Zwangsarbeit angegangen werden. Das ist nötig, denn Millionen von Menschen werden schutzlos ausgebeutet. Die Weltgemeinschaft weiss, dass diese Probleme nur multilateral angegangen werden können. Die Souveränität der einzelnen Staaten wird dabei nicht angetastet. Es ist zu hoffen, dass sich das Schweizer Parlament mit den Inhalten auseinandersetzt und den Pakt – verspätet zwar – aber gemeinsam mit rund 160 Staaten der UNO unterzeichnet.